

HERDER- KORRESPONDENZ

MONATSHEFTE FÜR GESELLSCHAFT UND RELIGION

Heft 4

50. Jahrgang

April 1996

*Wer Marktwirtschaft ohne Grenzen will,
muß auch die soziale Dimension akzeptieren.*

Otto Schlecht

320 Horizontverengungen

Die guten Aussichten haben nicht lange vorgehalten. 1994 schon schien die „größte Rezession seit Kriegsende“, von der zu sprechen in geradezu verräterischer Eintracht Wirtschaft und Politik nicht müde wurden, vorbei zu sein. Aber dann schon in der ersten Hälfte 1995 wieder erste Zeichen konjunktureller Abkühlung, sinkende Wachstumsraten von Quartal zu Quartal, mit einem negativen Ergebnis zum Jahreschluß, und im Jahresvergleich nur eine magere Zuwachsrate von 1,5 Prozent im Westen und deutlich schwächerem Wachstum auch im Osten. Schritt für Schritt wurden sämtliche Prognosen korrigiert. Im gleichen Tempo weisen Steuerschätzungen nach unten.

Dazu ein erschreckender *Anstieg der Arbeitslosigkeit*. Im Januar wird die magische Zahl von vier Millionen überschritten, im Februar wird es noch schlimmer. Die Stimmung grau in grau. Von neuer Rezession wagt offiziell niemand zu sprechen; man einigt sich verbal auf „Konjunkturdelle“, neuestens auf „Wachstumspause“ (Bundeswirtschaftsminister *Günter Rexrodt*) – mit nur schwachen Hoffnungen, daß es in der zweiten Jahreshälfte 1996 in Deutschland, im europäischen Westen, im Westen überhaupt wieder um einiges besser wird.

Zur mageren Konjunktur kommen die Klagen über die nicht mehr finanzierbaren Lasten der sozialen Sicherungssysteme, über die exorbitanten Gesundheitskosten, über die aus allen Nähten platzenden Sozialhilfekosten; und nicht zuletzt ein Rentensystem, das unter den ihm aufgeladenen Fremdlasten zusammenzubrechen droht; schließlich die leeren Kassen in Bund, Ländern und Gemeinden und zunehmende Zeichen der Verarmung in den unteren sozialen Schichten, bei Familien mit Kindern bis hinein in das mit bescheidenem Wohlstand gesegnete Kleinbürgertum.

Konjunkturprobleme nur, die durch neue Wachstumsschübe zu überwinden sind? Anpassungsschwierigkeiten in einem sich weltweit zuspitzenden Wettbewerb der Standorte und Systeme? Oder stimmen Leistung und Verteilung nicht mehr? Wird ein ganzes Gesellschaftsmodell durch die nicht mehr einlösbaren Ansprüche, an die sich alle gewöhnt haben, in seiner Funktionalität oder gar Existenz bedroht? Zieht der Standort Deutschland, ziehen die Europäer im Übergang von der Industrie- in die Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft endgültig den kürzeren gegenüber Asien und Amerika?

Was ist Stimmung, was Lage?

Was ist an dem von Monat zu Monat lauter werdenden Wehklagen Stimmung, was Lage, inwieweit bestimmt, inwieweit verdirbt die Stimmung die Lage? Und wie weit werden Stimmung und Lage bewußt ausgenutzt, um Tatsachen zu schaffen: Unternehmensprobleme zu bereinigen auf Kosten der Arbeitnehmer über das notwendige Maß von Rationalisierungen und Verlagerung von Produktionsstätten hinaus? Wo nutzen einflußreiche gesellschaftliche Gruppen ihr Machtpotential, politisch wie wirtschaftlich, um sich auf Kosten von Minderheiten zu sanieren? Oder ist alles nur oder hauptsächlich ein psychologisches Problem angesichts einer in ihren Gefahren wie in ihren Chancen erkannten weltweiten Wachstumskrise?

Unbestreitbar ist, daß depressive Stimmungen, soweit solche sich auf die allgemeine Lage beziehen, hierzulande besonders intensiv ausgelebt werden. Man starrt auf den Wandel und sieht die Erfolge nicht. Ein Prozent Schwankung nach unten

bei den Experten erscheint in Deutschland schon als eine halbe Katastrophe. Aus Konjunkturschwankungen unter den Bedingungen des weltweit gewordenen Wettbewerbs wird gleich eine existenzbedrohende Standortkrise gemacht – das alte Unterlegenheitsgefühl, das aus Gewöhnung an ökonomische Überlegenheit kommt.

Die Verschuldung der öffentlichen Hände wird zur „Staatskrise“ hochstilisiert, obwohl Deutschland einigermaßen stolz darauf sein kann, trotz der hohen Aufwendungen für die Bewältigung der deutschen Vereinigung und des Wiederaufbaus Ost, mit einer Verschuldungsrate um die 60 Prozent und einem Etatdefizit zwischen drei und vier Prozent die strengen Maastrichter Beitrittskriterien zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion von allen großen kontinentalen Flächenländern noch am ehesten erfüllen zu können. Und bei aller Belastung der sozialen Sicherungssysteme, in anderen Ländern befinden sich diese bei geringerer Wirtschaftskraft und politisch weniger geordneten Verhältnissen bereits sehr viel länger in einer Finanzierungs- und vor allem Existenzkrise.

Natürlich hat die weltweite Veränderung der Wettbewerbsverhältnisse mit dem „Zivilisationsbruch“ im Osten (*Michael Gorbatschow*) und dem wirtschaftlichen Aufstieg der Länder am Pazifik, die Europäer, voran das besonders exportabhängige Deutschland ziemlich kalt erwischt, sind die Vorteile der neuen Konkurrenten (geringere Arbeitskosten, weniger Soziallasten, kürzere Entscheidungswege) überdeutlich sichtbar geworden und mit ihnen die Schwächen im eigenen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: teure Bürokratie, umständliche Genehmigungsverfahren, gerichtliche Blockaden (möglichst durch drei Instanzen); die Schwierigkeit, an verfestigten Besitzständen überhaupt rütteln zu können, die Bequemlichkeiten und Sicherheitsbedürfnisse einer an Wohlstandszuwächse gewöhnten Bevölkerung. Entscheidender als diese zweifelsfreien Tatsachen an sich sind die durch sie bedingten Reaktionsmuster bzw. die von ihnen ausgehenden Wirkungen.

Einmal tritt, bedingt durch die Konjunkturröte und den Zwang zur Standortsicherung zur Zeit im politischen und gesellschaftlichen Bewußtsein alles zurück, was langfristig Wohl und Wehe der Menschheit bestimmt. Das gilt vor allem für *Umweltfragen*, soweit diese weltweiter Natur sind. Wer redet, trotz Ökosteuerprojekten, von ihnen überhaupt noch? Treibhauseffekt und Ozonloch sind aber nicht schon durch eine gute Rede auf einer Internationalen Klimakonferenz beseitigt. Und so richtig es ist, daß Klimaschutz nur weltweit organisiert und durchgesetzt werden kann und eine nationale oder auch europäische CO₂-Steuer Wettbewerbsnachteile für die eigene Wirtschaft bringt, so wenig hilfreich ist es, wenn das Problem vom Einzelstaat auf die EU, von Bonn, Wien oder Paris nach Brüssel und von dort ins internationale Nirwana abgeschoben wird, wo es keine Verbindlichkeit schaffenden Instanzen mehr gibt.

Aber die globale Sicherung der Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen ist nur ein besonders auffallen-

der Punkt. Es stellt sich überhaupt die Frage, ob internationale Probleme, so weit sie nicht unmittelbar mit Standortsicherung zusammenhängen, auch nur annähernd noch das Gewicht im öffentlichen Bewußtsein haben, das ihnen nach Bedeutung und Dringlichkeit zukommt. Wir reden von weltweiter neuer Unübersichtlichkeit und verdrängen sie zugleich. Aber die postkommunistische Welt ist keine sehr friedliche Welt. Wie sehr wir in Mitteleuropa von „geborgter Sicherheit“ (Bundespräsident *Roman Herzog*) leben, wird uns bis zum heutigen Tag auf dem Balkan drastisch vor Augen geführt, und wie brüchig diese werden kann, machen zunehmende isolationistische Strömungen in den USA mehr als deutlich. Aber niemand will sich zu einem halbwegs eigenständigen europäischen Sicherheitskonzept aufraffen; die Standortdebatte absorbiert (fast) alle Energien.

Die soziale Balance gerät ins Wanken

Dies alles ist aber zumindest noch verständlich und nachvollziehbar, wenn auch mittelfristig gefährlich. Sehr viel schwieriger schon wird es mit den Ängsten, die in der Wirkung allgemein in Richtung Rückzug und Abschottung deuten. Noch schwieriger wird es, wenn solche Ängste absichtsvoll geschürt werden. Beispiel für Letzteres: die von Teilen der SPD absichtsvoll inszenierten Kampagnen gegen die europäische Wirtschafts- und Währungsunion und gegen den Zuzug volksdeutscher Aussiedler aus Osteuropa. Diese Kampagnen wären nicht gestartet worden, gäbe es nicht in breiten Bevölkerungsschichten und (vorzugsweise) in der mittelständischen Wirtschaft eine diffuse Mischung aus Unwillen, sich auf die durch den Binnenmarkt nähergerückte europäische Konkurrenz einzulassen, und dem Bedürfnis nach einer überschaubaren, ethnisch wie kulturell möglichst unvermischten bürgerlichen Welt.

Aber die Tendenz zu Rückzug und Abschottung hat noch ganz andere Dimensionen. Sieht man von den marktwirtschaftlichen Bekenntnissen in Sonntagsreden ab, so kann man den Eindruck gewinnen, die Erfolge der letzten Gatt-Runde im Spätjahr 1994 seien die letzte vertrauensbildende Maßnahme für einen freien Welthandel gewesen. Marktwirtschaft und Protektionismus werden zur Zeit offenbar in eine alt-neue Verträglichkeit gezwungen. Man sagt freie Marktwirtschaft und setzt den Wettbewerb durch Einfuhrbeschränkungen bzw. durch massive Unterstützungssubventionen außer kraft. Europäer verhalten sich dabei im Zweifelsfall nicht anders als Amerikaner. Kaum waren die östlichen Länder in die Freiheit entlassen, fürchtete man sie schon mehr als Konkurrenten, als man sie als Anbieter begrüßte. Man wurde nicht müde auszumalen, wie sehr die bislang starken mittel- und westeuropäischen Volkswirtschaften zwischen die Mühlsteine der aufsteigenden Ostasiaten und der osteuropäischen Billiglohnländer geraten würden.

Kurzatmige, ganz vorwiegend kostenbestimmte Standortdebatten verdecken alles andere, mit problematischer Wirkung

wie nach außen so nach innen, obwohl selbst jemand wie Porsche-Chef *Wendelin Wiedeking* unlängst (vgl. *Manager-Magazin*, Dezember 1995) das Kostenargument mit der Bemerkung herunterstufte, die Nachteile des deutschen Standorts lägen weit weniger bei den Kosten als bei „organisatorischen Mängeln und Restriktionen“. Dies hat denselben Porsche-Chef freilich nicht davon abgehalten, fast zur gleichen Zeit bitter über die zunächst vorgesehene schärfere Besteuerung der privaten Nutzung von Dienstwagen zu klagen und für den Fall der Beibehaltung der schärferen Besteuerung den zusätzlichen Verlust von tausenden von Arbeitsplätzen in der Autoindustrie vorauszusagen.

Die Wirkung nach innen, auf das soziale Gleichgewicht: Die Betonung vorwiegend nur des Kostenarguments gibt der Unternehmenswirtschaft weitgehend freie Hand, um sich auf Kosten der sozialen Sicherungssysteme und/oder der öffentlichen Hand zu entlasten, und weist zugleich der öffentlichen Hand den Weg, auf Kosten der schwächsten Glieder der Gesellschaft durch Kürzung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu sparen. Zugleich findet trotz vieler darbender Unternehmen eine ebenso unwirtschaftliche wie unsoziale Umverteilung zugunsten der Einkommen aus Vermögen und der Einkommen der Selbständigen statt. Die Lohnquote geht deutlich nach unten, die Gewinnquote ebenso deutlich nach oben. Aber die Lohnsteuer steigt, die Einkommensteuer sinkt.

Und die Mißbauchsbekämpfungsmaßnahmen bei Sozialleistungen, so richtig und notwendig sie im Einzelfall sind, sowie die Rasenmäherkürzungen von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe dienen als kümmerlicher Ersatz für jede grundlegende Reform der sozialen Transfersysteme und drücken zugleich auf die Verbraucherkonjunktur. Herausragendes Beispiel: das sogenannte Abstandsgebot zwischen den niedrigsten Erwerbs- und den Sozialhilfeeinkommen. Es trifft vor allem Familien mit Kindern und deren Kaufkraft, in allen anderen Fällen ist es ohnehin deutlich gewahrt. So schützt sich eine Besitzstandsgesellschaft auf Kosten derer, die sich nicht wehren und Wahlen kaum mitentscheiden können.

Wie ist weiterzukommen?

Systempalliative zu Lasten der durch ihre Lebenssituation ohnehin am meisten Benachteiligten sichern die gemeinsame Zukunft nicht. Dazu bedarf es substanziellerer Reformen.

Angesetzt werden muß bei den *Steuern*. Sie sind nominell hoch, faktisch durch zahllose Steuersubventionen, Abschreibungsmöglichkeiten und Sonderbegünstigungen viel niedriger als gemeinhin dargestellt. Sie sind unwirtschaftlich. Sie halten (ausländische) Investoren ab. Der Konstanzer Ökonom und Arbeitsmarktforscher *Wolfgang Franz* im „Spiegel“ (29. 1. 96): „Die (Investoren) gucken auf die hohen nominalen Steuersätze von über 50 Prozent und produzieren lieber in Ländern mit niedrigen nominalen Steuersätzen.“

Sie sind zugleich unsozial, weil sie die Besserpositionierten durch eine Menge Schlupflöcher privilegieren.

Zweiter Ansatz: *Arbeitsorganisation*. Da das Erwerbsarbeitsvolumen auf Grund der technologischen Entwicklung schrumpft, die hohen Arbeitskosten nur bedingt beeinflusst werden können, die Zahl der Bewerber am Arbeitsmarkt aber weiter steigt, können die Beschäftigungsprobleme nicht mehr vornehmlich durch Wachstum gelöst werden. Die Frage ist nicht mehr, ob es systemverträglich ist oder nicht, Arbeit stärker umzuverteilen, sondern wie in einer freien, vornehmlich auf Individualrechten basierenden Gesellschaft die nötigen Instrumente und Anreize dafür geschaffen werden können.

Ein Drittes: Es braucht eine *Neudefinition des Sozialen*. In einer dynamischen Weltwirtschaft mit hohen Gefällen zwischen unterschiedlichen Wirtschaftsregionen muß die Erstreckung des Sozialen, verstanden als Maßstab sozialer Gerechtigkeit, in Raum und Zeit stärker bedacht werden. Das beliebte Stammtischargument, der Sozialhilfeempfänger bei uns stelle sich sehr viel besser als der Lohnabhängige in Bangladesch oder Zaire, ist ein Nonsens-Argument. Seine Lebenshaltungskosten bemessen sich nach dem Lebensstandard hier und nicht nach dem in Pakistan oder Bolivien. Erstreckung des Sozialen in der Zeit: Wo sich Produktions- und Lebensbedingungen, Angebot und Nachfrage ständig und oft ruckartig verändern, ist nicht die Stützung von Arbeitsplätzen durch Erhaltungssubventionen, sondern die Neuschaffung und Sicherung künftiger Arbeitsplätze sozial-ethisches Gebot. Übergangsprobleme bei der Beschäftigung sind in einer dynamischen Wirtschaft unvermeidlich. Die von ihnen Betroffenen dürfen sozial nicht ausgegrenzt werden.

Ein Viertes: Um unter den veränderten weltweiten Wettbewerbsbedingungen zu bestehen und den Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft zu schaffen, bedarf es nicht nur des Vorstoßes in neue Technologien und Produktfelder, es braucht auch etwas Vertrauen in die Vorzüge des eigenen Systems des Produzierens, Zusammenlebens und Interessenausgleichs, so weit diese das Leben menschlich machen. Das gilt auch für die kulturelle Seite, z. B. für die Erhaltung des Sonntags als gemeinsamem Ruhetag.

Ein Letztes: Politik hat im Zuge der Standortdebatte an Eigenständigkeit verloren. Sie erscheint zur Zeit weniger als gesetzgeberischer Wegweiser denn als Vollzugsgehilfe der Wirtschaft. Dies kann nur anders werden, wenn sich der Staat selbst weniger als Staatsunternehmer (natürlich auch nicht als Unternehmer-Staat), sondern als Ordnungsstaat versteht. Und Politik kann Profil zurückgewinnen, nicht indem sie in Wahlkampfzeiten die potentiellen Zielgruppen addiert und als Lobbyist für sie auftritt, sondern der Bevölkerung sagt, was ihr der Wandel der Wettbewerbsverhältnisse, der Existenz- und Wettbewerbsbedingungen in einer zusammenwachsenden Welt an Horizonterweiterung, damit an Verhaltensänderung im eigenen Wirtschafts- und Sozialverhalten abverlangt.

David Seeber